ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 55/56
GRUNDSTÜCKE

Nummer 371

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR. 14

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn, Schöneberg; Äußeres Dr. E. Ziegler, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Roguslowsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 50000 Mk. 69. Jahrgang Montag, 13. August 1923

Die neue Regierung Stresemann.

Eine vorläufige Ministerliste.

Die Verhandlungen, die der neue Kanzler Dr. Stresemann gestern mit den Parteiführern geführt hat, sind unter dem starken Druck der Verhältnisse zunächst glatter und sachlicher verlaufen, als es vielfach leider bei früheren Gelegenheiten der Fall war. Nach den verschiedentlichen Rücksprachen auch mit den von den Parteien nominierten oder von Dr. Stresemann selbst vielfach schon in Aussicht genommenen Persönlichkeiten hat sich als Ergebnis folgende, noch in einzelnen Punkten allerdings notgedrungen provisorische Ministerliste ergeben:

Reichskanzler: Dr. Stresemann,
Außenminister: Botschafter von Bergen,
Inneres: Fuchs, Oberpräsident von Koblenz, von den Franzosen ausgewiesen,
Arbeit (wie bisher): Brauns,
Reichswehr (wie bisher): Dr. Geßler,
Ernährung (wie bisher): Dr. Luther,
Post (wie bisher): Stingl,
Finanzministerium: Dr. Hilferding,
Justiz: Dr. Radbruch,
Wirtschaft: von Raumer,
Verkehr: Henrich, Direktor der Deutschen Werke,
Wiederaufbau: Robert Schmidt.

Ueber Annahme oder Nichtannahme des Außenministeriums durch Herrn von Bergen steht die endgültige Nachricht noch nicht fest. Herr von Bergen steht der Deutschen Volkspartei nahe, unterhält aber auch mit dem Zentrum nahe Beziehungen. Oberpräsident Fuchs gehört dem Zentrum an, die Herren Hilferding, Radbruch, Robert Schmidt der Sozialdemokratie.

In den Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts hat sich ergeben, daß man die letzte Rede Stresemanns bei der Steuerberatung als genügend aufschlußreiches Programm betrachtet. Inwiefern Dr. Stresemann seine neuliche Stellungnahme auf Grund der heutigen Lage der Dinge noch zu ergänzen gedenkt, steht dahin. Doch kann man so viel sagen, daß er z. B. in der Erfassung der Sachwerte in Uebereinstimmung mit den anderen bürgerlichen Parteien den Standpunkt einnimmt, daß dieser Punkt bereits in unserem Memorandum erschöpfend und restlos klar gestellt, aber auch heute nicht nach den einseitigen Wünschen einer Partei gelöst werden kann.

Die heutige Reichstagsverhandlung dürfte nicht, wie vorgesehen um 3 Uhr eröffnet werden. Man nimmt an, daß sie mindestens bis 8 Uhr abends verschoben werden muß, wenn sie nicht auf morgen anberaumt wird. Im übrigen sei noch einmal wiederholt, daß bei allen Parteien gleichmäßig der Wille zu gegenseitiger Verständigung zu Tage getreten ist und daß auch die Deutschnationalen ihre Haltung von der Politik des Kabinetts Stresemann insgesamt und nicht von der Stellungnahme einzelner Persönlichkeiten abhängig machen wollen.

Die Entwicklung der Krise.

Der sozialdemokratische Entschluß, mit einem Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler Dr. Cuno aufzutreten, entschied am Sonntag die Lage entscheidend dahin, daß die Lage der Regierung Cuno unhaltbar geworden zu sein schien. Die Entwicklung der Dinge am Sonntag läßt sich kurz folgendermaßen skizzieren:

Mittags um 12 Uhr trat das Kabinett Cuno zu einer Sitzung zusammen. Die Beratung zog sich bis gegen 1 Uhr hin. In ihr wurde der Rücktritt des Kabinetts beschlossen. Aber das Demissionsgesuch sollte dem Reichspräsidenten Ebert erst unterbreitet werden, wenn sich die Parteien der bisherigen Arbeitsgemeinschaft (Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten) mit den Sozialdemokraten auf einen Kandidaten für den Reichskanzlerposten geeinigt hätten. Alle Parteien hatten mittlerweile Sitzungen abgehalten. Nach dem Kabinettsrat empfing Dr. Cuno die Führer der bisherigen Arbeitsgemeinschaft zu einer längeren Unterredung. Es folgten wiederum Parteiberatungen. Um 5 Uhr teilten die Führer der Arbeitsgemeinschaft Dr. Cuno mit, daß für den Fall seiner Demission sie sich geeinigt hätten, dem Reichspräsidenten als Kandidaten für den Reichskanzlerposten Dr. Stresemann vorzuschlagen. Dr. Cuno begab sich darauf zu dem Reichspräsidenten und überreichte ihm die Demission des Kabinetts, die auch angenommen wurde. Reichspräsident Ebert empfing sodann die Parteiführer der Großen Koalition, die ihm einstimmig Dr. Stresemann als Reichskanzler vorschlugen. Abends wurde Dr. Stresemann vom Reichspräsidenten Ebert zum Reichskanzler ernannt und mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Dr. Stresemann nahm die Berufung an und begann sofort Verhandlungen über die Kabinettsbildung einzuleiten.

*

Ueber die Ereignisse am Sonntag gibt die TU folgenden kommentierenden Bericht:

Der Entschluß des Reichskanzlers ist im wesentlichen auf die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Sonnabend nachmittag zurückzuführen. Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion zum Ausdruck gebracht hat, daß das Kabinett Cuno kaum in der Lage sei, die Volksmassen hinter sich zu ziehen, mußte ohne weiteres den Gedanken herbeiführen, daß bei den augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage ein stärkeres Kabinett notwendig sei. Dieser Entschluß hat auf Reichskanzler Dr. Cuno großen Eindruck gemacht. Dagegen ist es unrichtig, daß die Arbeitsgemeinschaft der Mitte etwa Dr. Cuno zum Rücktritt gedrängt habe. Im Gegenteil, noch am gestrigen Abend hatte die Arbeitsgemeinschaft mitgeteilt, daß der Beschluß der Sozialdemokratie keine neue Tatsache geschaffen habe und die Entscheidung allein beim Kabinett liege. Das Kabinett ist dann zusammengetreten und hat offiziell seine Demission beschlossen. Kurz darauf begaben sich die Führer der Arbeitsgemeinschaft der Mitte zum Reichskanzler Dr. Cuno, und im Auftrag der Erschienenen dankte der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Dr. Marx, in außerordentlich herzlichen Worten dem Kanzler für die Arbeit, die er in den letzten Monaten für das Reich geleistet habe.

In unmittelbarer Folge des Demissionsbeschlusses wurden die Verhandlungen mit den Parteien eingeleitet, die nach kurzer Zeit die grundsätzliche Zustimmung aller der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien und der Sozialdemokraten zur Bildung der großen Koalition ergaben. In diesen Verhandlungen ist aber weder eine Konstituierung des Kabinetts in sachlicher oder gar persönlicher Hinsicht erfolgt, sondern es wurde ausdrücklich festgestellt, daß es Sache des kommenden Kanzlers sei, die Persönlichkeiten des Kabinetts zu wählen. Dies wird um so wichtiger sein, weil das Kabinett starken politischen Charakter haben wird. Der Reichspräsident hat nacheinander die Führer der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokraten empfangen und hat daraufhin seinen Entschluß gefaßt, und Herrn Stresemann mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Um ½10 Uhr abends ist die Aufforderung an Dr. Stresemann zur Bildung des Kabinets ergangen. Dr. Stresemann hat den Auftrag des Präsidenten angenommen, nachdem auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Laufe des Nachmittags einstimmig beschlossen hatte, ihren Führer für den Posten des Reichskanzlers freizugeben. Die sofort begonnenen Verhandlungen haben bisher einen glatten Verlauf genommen, sodaß damit gerechnet werden kann, daß das Kabinett sich Montag abend dem Reichstag vorstellen wird.

Nach den bisherigen Verhandlungen ist es das Bestreben aller Parteien, zur raschen Beendigung der Krise zu kommen. Aus diesem Grunde wird vermutlich mit der Beratung der Regierungserklärungen die Beratung der Goldanleihe unmittelbar verbunden werden, um auch so nach außen hin zu dokumentieren, daß alles Erdenkliche gegen den fortschreitenden Währungsverfall geschehen wird.

Cunos Abschiedsbrief.

Reichskanzler Dr. Cuno hat gestern nachmittag dem Reichspräsidenten die Demission des Reichskabinetts mit folgendem Schreiben erklärt:

Herr Präsident!

Als ich, Ihrem Ruf folgend, die Leitung der Regierung übernahm, gab ich der Ueberzeugung Ausdruck, daß angesichts des Ernstes der uns bevorstehenden Zeiten nur eine völlig einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte Deutschland vor schwerem Unheil bewahren werde. Während der seitdem verstrichenen neun Monate ließ ich mich bei der Führung der Politik stets von dem Bestreben leiten, der Verwirklichung jener Zusammenfassung aller Kräfte den Weg zu ebnen. In der Tat haben die Grundlinien der auswärtigen Politik der Reichsregierung, bei ihrer Stellung im Ruhrgebiet und am Rhein, haben wichtigste wirtschaftliche und steuerliche Maßnahmen, wie unlängst das Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung, die eben verabschiedeten Steuergesetze und die Aktion der großen wertbeständigen Anleihe die Zustimmung aller den Staatsgedanken bejahenden Kräfte gefunden. Der Wille der Nation, sich im Kampfe um Leben und Freiheit zu behaupten, kam darin zum klaren einmütigen Ausdruck. Aus der Entwicklung der letzten Tage habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß nach einer in weiten Kreisen der berufenen Vertretung des deutschen Volkes vorherrschenden Ansicht der entschlossene Wille zur Selbstbehauptung noch stärker und noch unzweideutiger durch eine Regierung verkörpert würde, die von einer Koalition großer Parteien gebildet und damit von einer starken, festen Mehrheit des Reichstages getragen ist. Ich bitte daher, Herr Reichspräsident, mein Amt und die Aemter der Herren Reichsminister hiermit in ihre Hände zurücklegen zu dürfen. Mit der Versicherung aufrichtiger Hochachtung bin ich, Herr Reichspräsident, Ihr

Ihnen sehr ergebener

(gez.) Cuno.

Vorläufige Einstellung der Sachlieferungen.

Zur Verhütung der Hungersnot.

Berlin, 12. August.

Deutschland hat nach dem Ruhreinbruch versucht, die Reparations- und Restitutionssachlieferungen an die am Ruhreinbruch nicht beteiligten Mächte aufrecht zu erhalten, obwohl durch die Abschnürung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets das wichtigste Gebiet Deutschlands für Ausfuhrproduktion und Reichseinnahmen weggefallen war. Deutschland hat damit den Beweis seines Leistungswillen bis zum äußersten erbracht. Die jetzige Situation, die durch einen Dollarstand von mehr als 5 Millionen Mark charakterisiert ist, verlangt aber Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands, um der Bevölkerung das geringste Existenzminimum zu sichern und drohenden Hunger abzuwenden. Gegenüber diesem Ziel müssen alle andern Aufgaben zurücktreten. Die Reichsregierung ist daher gezwungen, vorübergehend die im Vertrag von Versailles vorgesehenen Sachlieferungen auch an England, Griechenland, Italien, Jugoslavien, Portugal und Rumänien einzustellen, da gerade deren Finanzierung das Budgetdefizit und die Inflation zum wesentlichen Teile hervorgerufen hat. Allein die bis jetzt übernommenen und noch nicht bezahlten Sachlieferungen erfordern bei dem jetzigen Stand eine Aufwendung von rund 300 Millionen Papiermark, wenn dazu noch weitere Sachlieferungsverpflichtungen treten würden, würde der Erfolg der vom Reichstag augenblicklich beratenen Steuerreform und der Goldanleihe von vornherein in Frage gestellt sein. In Ansehung der großen Schwierigkeiten, die Italien in der Beschaffung der für seine Wirtschaft notwendigen Kohle findet, wird aber versucht werden, die Kohlenlieferung an Italien fortzusetzen. Der Entschluß der Reichsregierung bedeutet keineswegs eine endgültige Einstellung der Reparationsleistungen. Die nach dem Vertrag von Versailles erforderlichen Sachlieferungen werden vielmehr wieder aufgenommen werden, sobald Reichsfinanzen und Währung dies gestatten. Die hiernach eintretende Einstellung des freien Sachlieferungsverkehrs bedingt den Erlaß einer Rechtsverordnung, um privatrechtliche Bindungen der Reichsregierung für den Fall zu vermeiden, daß ungeachtet der Einstellung Verträge im freien Sachlieferungsverkehr geschlossen und von der Reparationskommission genehmigt werden. Das Reichsministerium für Wiederaufbau hat deshalb unter dem 11. August 1923 eine Bekanntmachung erlassen, der zufolge der freie Sachlieferungsverkehr vorläufig eingestellt wird, soweit Verträge bis zum 11. August 1923 nicht entweder durch Fristablauf endgültig geworden oder von der Reparationskommission der deutschen Kriegslastenkommission Paris als endgültig genehmigt notifiziert worden sind. Die bis zum 11. August 1923 bereits genehmigten Verträge werden also nach ausgeführt. Dagegen werden Verträge, die bis zum 11. August 1923 einschließlich die endgültige Genehmigung der Reparationskommission nicht erhalten haben, von der deutschen Regierung nicht als bindend anerkannt; Zahlungen aus Reichsmitteln werden auf Grund solcher Verträge nicht geleistet. Diese Regelung greift, da der freie Sachlieferungsverkehr mit Belgien und Frankreich seit Beginn des Ruhreinbruchs eingestellt worden ist, gegenüber Portugal, Rumänien und Serbien Platz. — Für die Sachlieferungen im Anforderungsverfahren bedarf es einer solchen Rechtsverordnung nicht, vielmehr genügt hierfür eine Verwaltungsanweisung. Im Rahmen des sogenannten gebundenen Verkehrs werden privatrechtliche Verpflichtungen des Reiches aus Verträgen, die der Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten zur Durchführung von Reparationsforderungen bereits endgültig abgeschlossen hat, von der Einstellung der Reparationssachleistungen nicht berührt.

Der Regierungswechsel in französischem Lichte.

Geteilte Aufnahme.

EE Paris, 13. August.

Der „Petit Parisien" gibt eine Biographie des zurückgetretenen Kanzlers Dr. Cuno und erklärt, daß er den passiven Widerstand organisiert und absichtlich die deutschen Finanzen zerrüttet habe. Im übrigen legt sich die Presse einem Kabinett Stresemann gegenüber die größte Zurückhaltung auf und verzichtet auf eine Kommentierung. Man hat jedoch den Eindruck, daß das Kabinett Stresemann nicht ungünstig aufgenommen wird. Vor allem erwartet man von ihm eine kräftige Inangriffnahme der deutschen Finanzreform. Die halbamtliche Kommentierung lautet dahin, daß man abwarten müsse, ob die deutsche Regierung jetzt wirklich Realpolitik treiben und sich dementsprechend damit abfinden werde, daß die französische Regierung einen Druck auf das Ruhrgebiet und damit einen Druck auf Deutschland ausübe (!).

EP Paris, 13. August.

Zur Demission des Reichskanzlers Cuno schreibt der „Matin": „Wie ist ein Ministerpräsident jämmerlicher gewesen und nie hat ein solcher sein Land in einem traurigeren Zustand zurückgelassen. Der Bankrott frißt am Herzen Deutschlands. Die Finanzen sind erschöpft, die Notenpresse läuft mit unheimlicher Schnelligkeit, aber nicht schnell genug, um die unerhörten Bedürfnisse an Papiergeld zu decken. Der Aufstand droht überall. Unter der Bevölkerung herrscht Panik, der Abgrund steht offen, aber gleichwohl ist es wahr, daß die deutschen Großindustriellen durch den Untergang noch mehr Milliarden gewonnen haben. Der Reichskanzler Cuno hat sein Land bewußt ruiniert, er hat aber die Interessen seiner Freunde gewahrt. Seine Regierungszeit ist daher der unerhörteste Skandal, den man je in der Geschichte gehört hat. — Dem Reichskanzler Cuno folgt Stresemann, der von den Sozialdemokraten unterstützt zu sein scheint. Wir wissen nichts über Stresemann, außer, daß er überzeugt ist, Deutschland habe von England nichts zu erwarten und daß es sein Heil eher auf seiten Frankreichs finden werde. Wenn das so ist, so beweist es, daß Stresemann wenigstens gesunden Menschenverstand besitzt. Wenn er dazu Mut und Loyalität beifügt, so wird es vielleicht gelingen, Deutschland am Rande des Abgrundes aufzuhalten."

Der „Figaro" schreibt: Im Augenblick, wo Deutschland den Mißerfolg des passiven Widerstandes eingesehen hat, indem es den Reichskanzler Cuno zwang, zu demissionieren, kommt die englische Note an, die für Stresemann eine Ermutigung bedeutet, auf gleichem Wege fortzufahren. England hat wieder einmal den Rettungsring geworfen. Was Frankreich anbelangt, so behält es dagegen an der Ruhr ein sicheres Pfand. Poincaré konnte gestern sagen: Wie im Jahre 1918 genügt es, nicht nachzugeben, um das letzte Wort zu erhalten.

Der „Gaulois" meint, es frage sich, ob Stresemann versuchen werde, sich mit Frankreich direkt zu verständigen. Diese Möglichkeit bestand gestern noch. Sie besteht aber nicht mehr, seitdem die englische Note veröffentlicht ist. Es ist zu befürchten, daß das Kabinett Stresemann es vorteilhafter finden wird, sich der englischen These anzuschließen. Man darf sich darauf gefaßt machen, daß die neue Regierung die Vorschläge Baldwins annehmen wird. Die Lage wird dadurch nicht erleichtert werden, im

Egler & Co., Bankgeschäft,
Berlin C. 2. An der Schleuse 9.
Zentrum 1798, 7765. (40760-69) 1

Georg Bartholomaeus Nachfl. G. m. b. H.
Fabrik: Berlin O., Schillingstrasse 18, Hauptbüro: Berlin NW. 7, Mittelstrasse 24
Centrum: 10839, 1566
liefert:
Kisten in allen Dimensionen
Spezialität: Wein- und Likörkisten „Exportkisten"

BENZ
N. S. U.
PROTOS
SCHEBERA
GROSSTES AUTOHAUS DEUTSCHLANDS
UNTER DEN LINDEN 57/58 UND 70 · HOTEL ADLON · KURFÜRSTENDAMM 45
* AGA *
CYKLON
SOFORT
LIEFERBAR